„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Canadas Außenhandelsbilanz.

Durch die canadische Presse geht folgende Meldung:

„In den 12 Monaten vom 31. August 1930 bis zum 31. August 1931 ist die canadische Ausfuhr und Einfuhr gegenüber dem Vorjahr ganz beträchtlich gefallen. Die Einfuhr wurde auf $752,507,000 und im Vorjahre auf $1,114,307,000 bewertet. Die Ausfuhr ging von $988,803,000 im letzten Jahre auf $693,862,000 zurück."

Aus diesen Ziffern ergibt sich zunächst, daß Canada eine Außenhandelsbilanz zu seinen Ungunsten in Höhe von über 58 Millionen Dollar in den letzten 12 Monaten aufzuweisen hat.

Für die ersten fünf Monate des laufenden Finanzjahres ergibt sich nach einer Darstellung der „Manitoba Free Preß" ein noch weit ungünstigeres Bild, wenn man einen Vergleich mit der entsprechenden Periode des Vorjahres zieht. Demnach ist der Wert der Einfuhr von $427,947,000 auf $272,528,000 zurückgegangen. Der Verlust beträgt $155,419,000 oder etwa 35 Prozent. Premier Bennett könnte dies vielleicht noch als einen Erfolg seiner auf Ausschluß ausländischer Waren eingestellten Politik buchen. Doch der Ausfuhrrückgang ist nicht minder bemerkenswert. 1930 war schon ein schlechtes Ausfuhrjahr, aber 1931 gestaltet sich geradezu katastrophal. In den fünf Monaten hat der canadische Ausfuhrhandel nämlich eine Abnahme von 110 Millionen Dollar zu verzeichnen, was ungefähr 30 Prozent ausmacht. Von dem Ausfuhrrückgang wurden hauptsächlich betroffen Weizen, Mehl, Holz und Zeitungspapier.

Die hier angeführten Ziffern sollten jeden canadischen Bürger zu ernstem Nachdenken anregen. Wenn man das Fallen der Ein- und Ausfuhrwerte teilweise mit dem Preisrückgang für einzelne Waren zu erklären suchen möchte, so muß doch wahrheitsgemäß zugegeben werden, daß dieses Moment bei weitem nicht ausreicht, um das rapide Nachlassen des canadischen Außenhandels restlos zu erläutern. Es spielen da wohl noch andere viel wichtigere Faktoren mit, die einerseits in der europäischen Lage, andererseits in der Schutzzollpolitik Bennetts begründet liegen.

Wie „Der Courier" schon selbst berichtet hat, hat die eine oder andere canadische Großbank wie z.B. die Bank of Nova Scotia auf die hochwichtige Bedeutung der deutschen Finanzkrise und der deutschen Kriegstribute für die weltwirtschaftliche Lage und insbesondere für die auf Ausfuhr angewiesene canadische Wirtschaft ausdrücklich hingewiesen. Auch E. J. Young, der liberale Abgeordnete für den Wahlkreis Wenburn im canadischen Unterhaus zu Ottawa, hat erst kürzlich wieder mit scharfsinniger Logik die deutschen Reparationszahlungen als eine Hauptursache der Weltdepression aufgezeigt.

Als ein weiterer Krebsschaden erweist sich von Tag zu Tag mehr die Bennett'sche Zollpolitik, die langsam, aber sicher den canadischen Außenhandel abdrosselt. Das ist auch ganz leicht zu erklären; denn man kann fremden Ländern nicht zumuten, daß sie sich für den Kauf canadischer Produkte begeistern, wenn man Canada mit einer hohen chinesischen Mauer umgibt, um die Waren jener, die früher zu unseren besten Kunden gehörten, einfach auszuschließen. Jeder Versuch, einen Vergleich zwischen der Zollpolitik Canadas und jener anderer Länder zu ziehen, muß ohne weiteres als töricht bezeichnet werden. Selbst die Vereinigten Staaten ruhen bereits auf einem ganz anderen wirtschaftlichen Fundament, verfügen über weit mehr Rohmaterialen, die aus dem eigenen Grund und Boden gewonnen werden können, und haben eine weit größere Verbrauchermasse, die einen beachtenswerten inländischen Warenbedarf verursacht. Was bedeuten demgegenüber die knapp 10 Millionen Canadier? Doch selbst die Vereinigten Staaten müssen für ihre unsinnige Schutzzollpolitik ein hohes Lehrgeld bezahlen, sodaß bei unserem südlichen Nachbarn von Tag zu Tag mehr Stimmen dagegen laut werden. Ein Vergleich zwischen der canad. u. europäischen Zollpolitik ist vollständig wertlos, weil die europäischen Länder mit ihrem hochentwickelten Wirtschaftsapparat, ihren auf engem Raum zusammengedrängten Millionenmassen und ihren eigenartigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ganz anders zu beurteilen sind als Canada, das im gegenwärtigen Stadium seiner Wirtschaftsentwicklung als ein Land bezeichnet werden muß, das in erster Linie auf die Ausfuhr angewiesen ist. Darum sollte die Frage: „Wie können wir möglichst leicht und zu den jeweils höchsten Preisen unseren Ueberschuß an Weizen, Mehl, Holz usw., an das Ausland absetzen?", die erste und vorläufig alleinige Richtschnur bei der Leitung des canadischen Außenhandels sein. Damit läßt sich natürlich eine Hochschutzzollpolitik nicht vereinbaren, weil sie die Käufer unserer Waren gewissermaßen naturnotwendig abstoßen muß. Mit anderen Worten: Wir können nicht verkaufen, wenn wir nicht auch kaufen wollen. Wir können z.B., unseren Weizen nicht verkaufen, wenn wir dafür nicht französische, deutsche und andere Industrieprodukte abnehmen, sondern unseren Warenbedarf im eigenen Lande decken wollen.

Das hört sich alles so selbstverständlich an, scheint jedoch für die hohen Herren in der canadischen Regierung zu Ottawa doch keine Selbstverständlichkeit zu sein. Warum? Weil sie die Interessen ihrer hochmögenden kapitalistischen und großindustriellen Gönner und Parteifreunde im canadischen Osten wahrzunehmen haben. Ob darunter der Westen leidet, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Bedauerlich ist nur, daß viele Wähler im Westen in unglaublicher Verblendung den jetzt regierenden Herren in Ottawa bei der letzten Dominionwahl noch in den Sattel geholfen haben.

Bolschewistische Familienzerstörung.

Die bolschewistische Diktatur hat bekanntlich die Angehörigen der früher „herrschenden" Klassen als Bürger minderen Rechtes erklärt. Sie gelten praktisch als verfehmt. Unter diesen Tatsachen haben auch die Kinder dieser Bedauernswerten schwer zu leiden. So ist es zu erklären, daß in bolschewistischen Zeitungen, wie die „Kölnische Zeitung" neulich ausführte, regelmäßige Anzeigen wie folgende zu finden sind:

„Ich habe die Verbindung mit meinen Eltern abgebrochen und lebe selbständig seit 1931." „Ich habe seit 1922 die Verbindung mit meinen Eltern abgebrochen und führe einen eigenen Hausstand." „Ich — habe mit meinen Eltern seit 1924 gebrochen und mich von ihrer Landwirtschaft getrennt." Das Regierungsblatt der Wolgadeutschen Republik enthält eine eigene Rubrik mit der Ueberschrift: „Lossagungen von den Eltern". Dort werden nach der lakonischen Einleitung: „Nachstehende Personen brechen hiermit jegliche Verbindung mit ihren stimmrechtslosen Eltern ab" listenweise die Namen derer angeführt, die ihre bürgerliche Stellung durch einen solchen Schritt verbessern wollen.

Die „Kölnische Zeitung" schreibt über die Gründe und die Folgen solcher Ankündigungen: „Wenn die Kinder mit 18 Jahren politisch volljährig werden, wünschen sie nicht länger das elende Los ihrer Eltern in der zweiten Klasse des Bürgerstandes zu teilen. Die Erklärung in der Zeitung, auch in noch so kategorischer Form, ist juristisch belanglos. Jeder weiß aber, daß er als Schüler oder Student, als Lehrling oder Angestellter zu genauer Auskunft über seine Eltern gezwungen wird. Es ist dann gut, sagen zu können, daß man ohne eigene Schuld gerade von diesen disqualifizierten Personen zur Welt gebracht wurde, daß man sich bereits seit langem für diese belastenden Ahnen bedankt hat — Man wird vorsichtig sein müssen mit Besuchen bei diesen ehemaligen Eltern.; man darf mit ihnen kaum telephonieren. Man wird sich hüten müssen, wenn die Stunde kommt, etwa den Eltern das letzte Geleit zu geben, falls sie Wert darauf gelegt haben, in einem weißen statt in einem roten Leichenwagen zu Grabe gefahren zu werden. Kein Kind von Stimmrechtslosen wird in die Lehranstalt aufgenommen. Ist es mündig, so gibt ihm niemand eine Brotkarte mehr. Geistig und körperlich kann verhungern, wer nicht den Mut aufbringt, mit seiner verfehmten Familie zu brechen. Muß dann eine Mutter nicht wünschen, nicht ihr Kind anflehen, sich von ihr zu wenden, wenn sie es liebt? Mensch zu sein, Menschengefühl zu haben, ist unzeitgemäß, nicht revolutionär, vielleicht schon Staatsverbrechen."

Der Bolschewismus hält die Familie eben für einen Rest der bürgerlichen Weltordnung. In den neuen „sozialistischen Städten der Zukunft" sollen die Kinder den Familien entzogen werden. Nur über den Zeitpunkt dieser Maßnahme gibt es noch Meinungsverschiedenheiten.

Weltumschau

Neuer deutscher Flugzeugtyp. Auf dem Tempelhofer Felde Berlin, wird gegenwärtig ein Kleinflugzeug erprobt, das nur drei Fuß hoch ist und ohne Schwanzende konstruiert ist. Den Propefliegen wohnten Vertreter des Reichsverkehrsministeriums bei. Die erfolgreichen Flüge werden in deutschen Fliegerkreisen mit dem größten Interresse verfolgt. Das Flugzeug ist zu Ehren des Atlantikfliegers „Hermann Köhl" getauft und sein Bau wird von ihm nach den Plänen des Erfinders Alexander Lippisch finanziert.

In der Luft bewährt sich die Maschine wie ein Segelflugzeug. Sie besitzt eine Höchstgeschwindigkeit von 97 Stundenmeilen und ist bei den Proben bis auf über 14,000 Fuß hochgestiegen. Sie wird von einem 28 P.S. Motor angetrieben und benötigt für Start und Landung ganz außerordentlich wenig Raum. Sie macht Kurven, Sturzflüge und Schleifen mit außerordentlicher Leichtigkeit. Nach Angaben des Konstrukteurs ergibt die Abwesenheit des Schwanzendes eine Verringerung des Luftwiderstandes und des Gewichts. Das Flugzeug läßt sich deshalb mit größter Wirtschaftlichkeit betreiben und sollte nach Ansicht des Erfinders eine Umwälzung im Flugzeugbau bringen.

Die Baukosten betragen nur $1750. Zwischen den Flügelspitzen ist das Flugzeug 42 Fuß breit, und die Gesamtfläche der Tragflächen beträgt 262 Quadratfuß. Es gleicht in der Form einem gleichschenkligen Dreieck. Der Führersitz ist in der Spitze untergebracht, die etwas nach vorn hinausragt. Der Motor ist hinter dem Führersitz montiert, und die Ruder befinden sich an den Spitzen der Tragflächen.

Alexander Lippisch, der Konstrukteur, hat jahrelang an dem Typ gearbeitet und dabei die Erfahrungen des Segelfluges benutzt. Die Reichsregierung soll großes Interesse für den neuen Typ zeigen, und Lippisch plant jetzt den Bau größerer Modelle, bei denen Passagiersitze in den Tragflächen eingebaut werden sollen.

Bei den Probeflügen wurde das neuartige Flugzeug von dem bekannten deutschen Segelflieger Günther Grönhoff gesteuert.

Vereinigte Staaten kommen Deutschland entgegen Die amerikanische Regierung hat in eine einjährige Stundung der Zahlung der neun Millionen Dollar durch Deutschland eingewilligt, die von der amerikanisch-deutschen Kriegsschäden-Kommission den Vereinigten Staaten zugesprochen wurden. Dagegen wird Deutschland den ihm durch den Schiedsspruch zugesprochenen Betrag von 18 Millionen Dollar schon jetzt erhalten.

Die Vereinigten Staaten hatten ursprünglich beabsichtigt, die neun Millionen, die gemäß dem Befund der Kommission von der Berliner Regierung zu zahlen sind, an den 18 Millionen abzusetzen, die das Reich zu beanspruchen hat. Auf diese Weise wäre mit der Zahlung von neun Millionen Dollar an Deutschland die langjährige Kriegsschäden-Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern aus der Welt geschafft gewesen. Die französische Regierung sprach, aber hiergegen ihr Veto aus. Die ursprüngliche Meldung, daß Paris gegen eine amerikanische Zahlung an Deutschland um diese Zeit Einspruch erhoben habe, wurde zwar später von französischer Seite in gewundenen offiziösen Darstellungen in Abrede gestellt, und es hieß schließlich, Frankreichs Widerspruch habe sich mehr dagegen gerichtet, daß Deutschland den Vereinigten Staaten Zahlungen leiste, solange sich der Hoover'sche Stundungsplan in Geltung befinde. Das Ergebnis ist ebenfalls, daß nun Deutschland für ein weiteres Jahr nicht zu zahlen braucht, wohl aber schon jetzt seine vollen achtzehn Millionen von Onkel Sam erhält. Im Staatsdepartment wurde heute gesagt, das Geld gehe an deutsche Dampfergesellschaften.

In deutschen amtlichen Kreisen macht man kein Hehl aus der Genugtuung, mit der die Nachricht aufgenommen wurde, daß die Vereinigten Staaten die Zahlung von neun Millionen Dollar seitens Deutschlands auf Grund der Entscheidung der „Mixed Claim" Kommission auf ein Jahr gestundet haben.

Berliner Polizei geht scharf vor. Mehr als 60 Personen wurden in Berlin übel zugerichtet und einige davon recht schwer verletzt, als es vor dem Sportpalast zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und einem Volkshaufen von etwa tausend Personen kam, welche sich in den Versammlungssaal des Gebäudes hineindrängen wollten, um eine Debatte von Führern der Kommunisten und der Sozialdemokraten mitanzuhören.

Menschenhaufen standen lange, bevor die Tore geöffnet wurden, vor dem Gebäude und begannen einander zu hänseln. Die Hänselei artete aber sehr bald zu einer großen Massenprügelei aus, bis die Polizei einschritt. Die Schupos (Schutzpolizei) griffen die Krakehler, die sich nicht von der Stelle rühren wollten, mit ihren Gummiknüppeln an und machten von ihnen ausgiebigen Gebrauch, daß die Raufbolde in wilder Flucht nach den Seitenstraßen zerstoben, wo mehrere Frauen von ihnen niedergetrampelt wurden. In der Potsdamer Straße leistete ein kleiner Menschenhaufen der Polizei den hartnäckigsten Widerstand. Hier war es, wo fünf Personen schwer verletzt wurden. Die Polizei säuberte schließlich die Straßen und ordnete die Schließung des Sportpalastes an, in dem 8000 Menschen eifrig den Reden der Debatte lauschten.

In Hamburg führten Versuche der Kommunisten, eine Versammlung der republikanischen Reichsbanner-Leute zu sprengen, zu einem heftigen Zusammenstoß, in dessen Verlauf 19 Personen, unter ihnen ein kleines Mädchen, welches in das Gedränge geraten war, durch Kugeln und Messerstiche verletzt wurden. Siebzehn Reichsbannerleute, verwundet durch Dolchstiche, wurden in das Hospital gebracht. Das kleine Mädchen und ein Kommunist wurden von Kugeln getroffen, als die Polizei von ihren Schußwaffen gegen die Angreifer Gebrauch machte.

Holland und die Weltkrise. Holland rüstet sich, seine wirtschaftlichen Deiche gegen den Ansturm der Weltwirtschaftsdepression zu verstärken, wie J. T. Verschuuur, der Minister für Arbeit, Handel und Industrie in einem Interview mit der Associated Preß erklärte. Obgleich auch die holländische Wirtschaft die Depression fühle, sei das Land nicht im gleichen Maße wie andere Nationen von dieser in Mitleidenschaft gezogen, führte der Minister aus.

P. J. C. Tetrode, der Vizepräsident der Bank von Holland, sagte über die Lage: „Glücklicherweise werden wir nur von dem Schwanzende des wirtschaftlichen Wirbelsturmes getroffen." — „Nur wenn die wirtschaftliche Depression noch lange andauert, wird auch für uns die Lage ernst werden," sagte Louis Ries, der Unterstaatssekretär des Schatzamtes. „Im Augenblick sehen wir der Zukunft ruhig entgegen."

Die Preise für Gummi, Tee, Kaffee, Oel und Zinn sind gesunken und der Weltverbrauch zurückgegangen. Trotzdem bleibt die wirtschaftliche Lage Hollands stabil. Als Gründe hierfür führt Ries an: „Erstens, weil wir aus dem Weltkriege herausblieben; zweitens wegen des Reichtums unserer Kolonien; drittens strikter Ausgleich der Budgets; viertens schnelles Anpassen an veränderte Lagen und fünftens unsere Handelspolitik."

Dr. Van der Waals, der Chef der Wirtschaftsabteilung des Kolonialministeriums stellte fest, daß Hollands Kolonialausfuhr in 1930 auf 1,245,000,000 Gulden betrug, gegen 1,505,000,000 Gulden im Jahre 1929. Die Bedeutung der Kolonien für Holland erhellt aus der Tatsache, daß Holland mit seinen 8,000,000 Einwohnern das drittgrößte Kolonialreich der Welt besitzt. In den Kolonien wohnen 60,000,000 Menschen. Gewinne aus den Kolonien haben es Holland ermöglicht, in den Jahren von 1920 bis 1929 Reserven anzuhäufen, die das Land über die Jahre der Depression hinwegbringen.

Minister Verschuur sagte: „Nach sechs Jahren von Ueberschüssen erwarten wir jetzt ein Budgetdefizit von 30,000,000 Gulden und für 1932 vielleicht ein Defizit von 60,000,000 Gulden. Wir werden diese Fehlbeträge durch eine Sondersteuer auf Zigaretten und eine vorübergehende Erhöhung des Tarifs auf Fertigwaren decken. Wir werden sparen, aber keine Verringerung der Sozialleistungen vornehmen. Die vorübergehende Tariferhöhung bedeutet kein Abweichen von unserer Freihandelspolitik."

Unruhe in der britischen Flotte. Die diesjährigen Manöver der britischen Atlantik Flotte sind von der Admiralität abgesagt und die Schiffe heimberufen worden, da sich wegen der verfügten Beschneidung der Löhnung unter den Mannschaften Unruhe bemerkbar macht. In der von der Admiralität veröffentlichten Erklärung heißt es: „Der Befehlshaber der Atlantischen Flotte berichtet, daß die Reduzierung der Entlöhnung in der Marine in einem Teil der unteren Rangstufen der Besatzung Unruhe hervorgerufen hat. Infolge dessen hat man es für wünschenswert gehalten, die Flottenmanöver abzusagen und die Schiffe nach den Häfen zurückzurufen. Inzwischen werden Untersuchungen der Beschwerden über Härten gewisser Lohnreduzierungen angestellt, damit diese der Admiralität berichtet werden können."

Der in der Bekanntmachung erwähnte Befehlshaber ist Readmiral Wilfred Tomkinson. Die Veröffentlichung kam der britischen Oeffentlichkeit als große Ueberraschung, da man nicht die geringste Ahnung davon hatte, daß wegen der im Snowden-Budget vorgesehenen Reduzierungen Schwierigkeiten entstanden waren.

Die im Sparprogramm der Koalitionsregierung vorgesehene Reduzierung der Löhnung der Flotte stimmt im entsprechenden Gehaltsabbau in der Armee, der Londoner Polizei, der Lehrerschaft und aller Regierungsbeamten überein. Der Löhnungsabbau in der Marine wurde in einem Tagesbefehl bekanntgegeben und tritt am 1. Oktober in Kraft. Nach der neuen Lohnskala erhält ein Deckoffizier statt $2.12 künftig nur $1.87 pro Tag. Zwei Klassen von Vollmatrosen, die bislang $1.31 bezw. $1 erhielten, werden auf $1.08 bezw. 75 Cents reduziert. Der einfache Matrose erhält künftig statt 68 Cents nur 50 Cents pro Tag.

Gandhi fordert Unabhängigkeit Der greise Asket Gandhi hielt auf der Indienkonferenz im St. Jamespalast zu London seine erste Rede. Mit der ganzen Beredsamkeit, die ihm seine „innere Stimme" verleiht, sprach er als der Vertreter der stummen, halbverhungerten Millionenbevölkerung Indiens und forderte für sein Land völlige Unabhängigkeit von Großbritannien. Aber er ließ dabei eine Hintertür für kommende Unterhandlungen offen.

„Beweisen Sie mir, daß meine Forderung den Interessen der stummen Millionen Menschen Indiens Einbuße tut," erklärte er, „dann werde ich persönlich die Forderung abändern. Aber auch dann werde ich meine Auftraggeber um ihre Zustimmung zu der Abänderung ersuchen müssen."

Er betonte, daß er Britanniens Macht, Indien mit dem Schwert unterjocht zu halten, seinen Augenblick unterschätze, aber dann malte er den Traum aus, der seinen geistigen Augen vorgeschwebt habe, als vor acht Tagen sein Schiff den Gestaden Britanniens näher gebracht habe — den Traum einer auf Gleichberechtigung beruhenden Partnerschaft Indiens mit Großbritannien.

„Was wäre besser", rief er aus, „ein Verklavtes aufrührisches Indien oder ein Indien, das Großbritanniens geachteter Partner sein, Großbritanniens Sorgen teilen und ihm auch im Unglück zur Seite stehen würde? Ein Indien, das, wenn es sein muß, auf Seiten Großbritanniens freiwillig in den Kampf ziehen mag, nicht zur Ausbeutung einer Rasse oder eines einzelnen Menschen, sondern zum Wohle der ganzen Welt.

„Ich sagte mir, als ich mich der Küste dieser schönen Insel England näherte: „Vielleicht gelingt es dir, die britischen Minister zu überzeugen, daß Indien ihr wertvoller Partner werden kann, wenn es nicht durch rohe Gewalt, sondern mit der Seidenschnur der Liebe gefesselt wird. Was könnten zwei solche Länder nicht zusammen ausrichten? Das eine nur eine Handvoll, aber sehr tapferer Menschen, das andere eine uralte Nation mit ruhmreicher Vergangenheit, in welcher zwei große Kulturen vertreten sind, die Kulturen des Islams und die Hindukultur!

„Von solchem Hoffnungstraum beseelt näherte ich mich den Gestaden der britischen Inseln, und ich hege ihn immer noch. Ich möchte gern mit der Ueberzeugung scheiden, daß eine endliche Partnerschaft zwischen Großbritannien und Indien kommen wird. Daß dieses Ziel erreicht wird, dafür werde ich, so lange ich hier bleiben werde, mit heißer Inbrunst beten."

In der ganzen Rede, welche die anwesenden Inder für die glänzendste hielten, die Gandhi sein Leblang gehalten hat, verlor der Mahatma niemals den Auftrag des Allindien-Kongresses in Karachi aus den Augen, daß er in London für Indien völlige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu fordern hat.

Gegen die Paneuropa-Kommission Die Paneuropäische Studien-Kommission, der von verschiedenen Völkerbundsdelegaten ein Ende bereitet werden sollte, ist durch Aristide Briand, ihren Urheber, gerettet worden und wird noch ein Jahr weiterbestehen, obgleich sich ihre Funktionen nicht mehr auf rein europäische Angelegenheiten beziehen werden.

Die Vertreter von Japan und Persien hatten die Komission stark kritisiert, weil sie die Arbeit der ständigen Ligakommissionen dupliziere und „Weltfragen auf europäischer Basis zu lösen suchen." Es wurde erklärt, daß der Völkerbund durch Konzentrierung auf europäische Fragen seinen universellen Charakter verliere und zu einem Bund europäischer Völker werde.

Dr. Julius Curtius, der Reichsaußenminister und andere europäische Delegaten traten vor, diesen Einwänden dadurch zu begegnen, daß man das Arbeitsfeld der Kommission erweitere und auch nichteuropäische Delegaten hinzuziehe, wenn weiter angelegte Probleme zur Verhandlung stünden.

Als Gründe für die Verlängerung der Lebensdauer der Kommission werden angeführt: Erstens, ihr Ende würde einen schweren Prestigeverlust für Briand bedeuten; zweitens, die Kommission ist für Dr. Curtius und das Reich wichtig, weil die deutsch-österreichische Zollunion nur in der Hoffnung aufgegeben wurde, daß sich eine ähnliche Union für ganz Europa schaffen läßt. Außerdem bildet die Kommission ein Verbindungsmittel mit Rußland.

Mussolini befürchtet Attentate Mussolinis versprochener Gegenbesuch in Berlin macht dem amtlichen Italien große Sorge und und gibt zu sehr ängstlichen Vorbereitungen Veranlassung. Dies ist dem Umstande zuzuschreiben, daß Mussolini, wenn er erst im Auslande ist, sich den Komplotts und der Rache der Tausenden von italienischen politischen Verbannten aussetzt.

Die „Cyra", oder faschistische Geheimpolizei, entwirft Pläne und leitet Erhebungen ein: die Polizei in Berlin tut das Gleiche und der italienische Botschafter in Berlin, Orsini Baroni, entwirft Spezialpläne. Viele von Mussolinis Freunden möchten empfehlen, daß er überhaupt nicht reist. „Il Duce" verpflichtet sich aber zu dem Besuch, als er dem deutschen Reichskanzler Heinrich Brüning in aller Form versprach, daß er den Augustbesuch des Kanzlers und des Außenministers Curtius in Rom erwidern werde.

Mussolini hat Italien seit sieben Jahren nicht mehr verlassen. Im Jhre 1924 ging er über die italienische Grenze nach der Schweiz, um den Locarno-Pakt zu unterzeichnen. Ein Jahr früher fuhr er nach Genf und wieder ein Jahr früher nach London. Dies sind seine einzigen Auslandreisen seit er Ministerpräsident wurde.

Mussolinis letzte Reise fiel mit der Zeit zusammen, als Italien ein Land mit nur einer Partei war, jede Opposition gegen die Faschisten als verbrecherisch behandelt wurde und Personen, die sich der neuen Ordnung widersetzten, sich auf Gefängnis oder auf die Gefangenen-Insel Lipari gefaßt machen mußten.

Tausende von Faschistengegnern sind geflohen, besonders nach Frankreich und nach der Schweiz. Viele von diesen sind der schweizerischen und französischen Polizei sehr unangenehm geworden, da sie Bomben auf italienische Konsulate warfen oder auf amtliche italienische Vertreter oder faschistische Besucher schossen.

Die „Cyra" beobachtet die Kreise in italienischen Industriestädten, von denen sie annimmt, daß sie dem Faschismus passiv feindlich gegenüberstehen, um auszufinden, ob sie mit Faschistenfeinden im Ausland Verbindung unterhalten. Sie stellt auch Untersuchungen in den Kreisen an, die, wie sie glaubt, kommunistische Neigungen haben, um sich zuvergewissern, ob sie Gedankenaustausch mit der starken kommunistischen Partei Deutschlands pflegen.

Mussolini wird wahrscheinlich eine ausgewählte Leibwache von „Musketieren", eine Schutzwache für den Innendienst von Faschisten mitnehmen, die aus den zuverlässigsten Fünfzig Faschisten zusammengestellt und darauf eingeschworen sind, das Leben ihres Führers um jeden Preis zu verteidigen.

Deutschland kauft amerikanischen Weizen Der deutsche Botschafter v. Prittwitz, Dr. Arel Schindler und andere Vertreter der öffentlich-rechtlichen Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft, die der amerikanischen Getreide Stabilisierungs Korporation entspricht, erschienen in Gesellschaft des Vorsitzenden der Landwirtschafts-Kommission, Stone, im Gebäude dieser Behörde in Washington, D.C., um dort das Getreide-Lieferungsabkommen zwischen der genannten Korporation und der deutschen Vereinigung zu besiegeln. Nachdem sich die Tür des Verwaltungsbureaus der Agrarkommission hinter den beteiligten Herren geschlossen, dauerte es nur wenige Minuten, und der Vertrag mit den 7½ Millionen Buschel, war mit den beiderseitigen Unterschriften versehen.

Die Lieferung erfolgt in einem Tempo von 833,333 Buschel den Monat, jedoch ist Deutschland berechtigt, beschleunigte Ablieferung der Ware zu verlangen. Der vereinbarte Durchschnittspreis stellt sich auf 49½ Cents je Buschel, den Marktpreis vom 10. September, wenn den Deutschen auch keine Konzessionen, je nach der Qualität des Weizens, gemacht worden sind.

Mit dem Weizenverkauf an das Reich stellt sich die Menge des seit dem 1. Juli an's Ausland abgesetzten amerikanischen Getreides auf zusammen 47,500,000 Buschel. Außer mit Deutschland machte die Getreide Stabilisierungs Korporation (eine Gründung der Landwirtschafts-Kommission) noch ähnliche Geschäfte mit Brasilien und China und war verkaufte sie an das eine Land 25,000,000 Buschel Weizen im Austausch gegen 12,050,000 Sack Kaffee, an das andere 15,000,000 Buschel. Stone deutete an, man erwarte bald noch mit anderen Ländern „in's Geschäft zu kommen".

Die Landwirtschafts-Kommission hat nun noch ungefähr 200,000,000 Buschel Weizen in den Lagerhäusern liegen. An private Interessenten wurden seit dem 1. Januar aus den Regierungsbeständen 50 Millionen Buschel Weizen abgesetzt. — Der Vertrag mit der Getreide Handelsgesellschaft enthält die Klausel, daß der Seetransport des amerikanischen Getreides zur Hälfte auf amerikanischen Schiffen erfolgen muß.

Deutsch-englischer Kulturaustausch

A.D. Unter den verhältnismäßig zahlreichen kulturellen Austauschorganisationen, die im Laufe der letzten Jahre entstanden sind, nimmt der Deutsch-Englische Kulturaustausch in Halle eine besondere Stellung ein. Er treibt seine Arbeit nicht von der Reichshauptstadt aus, sondern in einer ausgesprochenen Provinzstadt. Das bedeutet gewiß auf der einen Seite einen Nachteil, auf der anderen aber einen wahrscheinlich noch größeren Vorteil. Es lassen sich nämlich von Halle aus eine ganze Reihe von Sonderausgaben durchführen, a udie man in Berlin, München oder Hamburg von vornherein verzichten müßte. Das Persönliche, das für jede Form internationalen Kulturaustausches eine so entscheidende Rolle spielt, kann sich in einer Provinzstadt sehr viel stärker auswirken.

Das zeigte sich mit großer Deutlichkeit bei dem jetzt zum ersten Male veranstalteten Ferienkursus für englische Lehrer, zu dem 33 Teilnehmer aus England nach Deutschland gekommen waren. Mit Erfolg wurde versucht, über sachliche Unterrichtung hinaus persönliche Verbindungen zwischen Deutschland und England herzustellen, u. a. konnten sämtliche englische Teilnehmer in hallischen Familien untergebracht werden, die sich ihrer Gäste in dankenswerter Weise annahmen, und so zum Gelingen des Lehrganges entscheidend beitrugen. Darüber hinaus ergab sich die Möglichkeit zu einer ganzen Reihe gelungener geselliger Veranstaltungen, von denen die meisten ebenfalls eine starke persönliche Note trugen. Dozenten und Hörer kamen immer wieder zu zwanglosen Aussprachen zusammen.

Der Deutsch-Englische Kulturaustausch weiß, daß seine Arbeit unpolitisch sein muß, jedenfalls nicht voreilig politisiert werden darf. Er verdankt sein Bestehen privater Anregung und ist frei von allen offiziellen oder offiziösen Bindungen. Kulturelle Austauscharbeit wird von ihm als wichtige Bildungsarbeit angesehen, die es sich zum Ziel setzt, Menschen verschiedener Völker in Berührung miteinander zu bringen, sie sich aussprechen und auseinandersetzen zu lassen, um so eine Atmosphäre gegenseitigen Sichverstehens und Sichachtens zu schaffen.

Daß diese Austauscharbeit sich gerade auf England erstreckt, ist natürlich kein Zufall; deutsche und englische Kultur haben so vieles gemein, daß sich verhältnismäßig leicht Brücken schlagen lassen.

Der Komponist.

„Kennen Sie die Sachen, die Kiepin komponiert hat? Er nimmt den Mund so voll; zu mir hat er gesagt, seine Lieder würden mal im ganzen Volk gesungen werden."

„Na, bis jetzt wissen nur seine Gläubiger ein Liedchen von ihm zu singen."

Sagen Sie es Ihren Freunden:

„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"